Ueber den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

Von Ferdinand Hueppe.

(Schluß aus No. 48.)

Die Ausscheidung von Plätzen wird bis jetzt entschieden viel zu wenig gewürdigt. Ich kenne diese Frage ziemlich gründlich, weil ich seit 1881 mich bemühe, das Verständnis dafür zu wecken, daß für die Gesundheit des Volkes freie Plätze für Jugend- und Volksspiele unerlässlich sind. Als später unser Zentralausschuß für Jugend- und Volksspiele sich bildete und diese Sache aufgriff, entwickelte sich langsam das Verständnis und Interesse für die Sache, und manche Stadt zeigte sich bereit, Plätze zu schaffen, und ich will nicht verkennen, daß schon manches Gute darin geleistet worden ist. Aber vergessen wir doch eines nicht. Bis jetzt sind bei uns die meisten Plätze die reinen Zierplätze und für die Spiele der Jugend und des Volkes durch Warnungstafeln vollständig ausgeschlossen. In den Städten besteht die Neigung, wertvolle Plätze in Straßen zu verwandeln, statt sie ihrem eigentlichen Zwecke ängstlich zu erhalten. Im besten Falle erfuhr man früher, daß für einen solchen gut gelegenen beseitigten Platz in der Stadt draußen an der Peripherie ein anderer, oft schwer erreichbarer größerer Platz zugänglich gemacht wurde.

Das ist doch direkt eine Umgehung der Aufgaben, die der Stadtgemeinde in bezug auf die Gesundheit ihrer Bevölkerung gestellt sind. Für die Pferdezucht findet man immer Plätze, wenn sie auch noch so teuer sind, nur für die Menschenzucht ist nichts zu haben, und für die Bewegung der Pferde wird gesorgt — an die Bewegung der Menschen denken die Herren nicht. Es ist aber

wirklich allerhöchste Zeit, daß man sich mit diesen Dingen etwas ernsthafter beschäftigt. Durch die frühere Behandlung der Platzfrage ist es dahin gekommen, daß die Kinder in den Städten fast nur noch die Straße zum Spielen haben, deren zunehmender Verkehr zu einer ganz bedauerlichen Zunahme der Unglücksfälle unter den Kindern geführt hat.

Hier kann tatsächlich nur ein Gesetz abhelfen, welches die Städte zwingt, alles dies ins Auge zu fassen. Die kräftige Nation, die wir brauchen — das kann nicht oft genug gesagt werden — heischt für die Zukunft von Stadt und Land einige Opfer; aber auch der Staat wird nicht zurückstehen dürfen, wenn er selbst die Möglichkeit hat, Plätze zu beschaffen; denn sonst wird sein Unterrichtsminister immer öfter die Klage hören, daß die Gesundheit der Jugend mehr und mehr zurückgeht, und der Kriegsminister wird einen immer stärker werdenden Prozentsatz von Untauglichen bei den Rekrutenaushebungen vermerkt finden. Das bloße Klagen hilft nichts, und es gibt keine Entschuldigung für die Entartung der Rasse, wenn man die Mittel zur Abstellung kennt und in der Hand hat. Auch der Finanz- und Landwirtschaftsminister dürfen deshalb derartigen traurigen Tatsachen gegenüber sich nicht verschließen und müssen auch ihrerseits daran denken, daß es besser ist, an der einen oder anderen Stelle auf einige Mark Einnahme zu verzichten, wenn damit dem „kostbarsten Kapital der Staaten und der Gesellschaft“, dem Menschen selbst, direkt genützt wird.

Neben dem Mangel an geeigneten Kleinwohnungen wäre wohl noch zu berücksichtigen, daß die dauernde Benutzung schlechter Wohnungen, auch wenn bessere leer stehen, verhindert werden sollte. Aber das ist nach dem Entwurfe nicht vollständig möglich und steht wohl auch in Verbindung mit der schon gestreiften Frage der Enteignung ungeeigneter Häuser.

Nach dem Gesetzentwurfe wird die Verhinderung der Benutzung ungeeigneter Wohnungen angestrebt durch die Wohnungsordnung und durch Wohnungsaufsicht.

Daß es ein Mangel ist, daß die Wohnungsordnung nur für Städte von 10 000 Einwohnern und mehr gelten soll, habe ich bereits erwähnt. In meiner früheren Arbeit habe ich die speziell hygienischen Dinge, die für die Wohnungsordnung in Betracht kommen, bereits genügend berücksichtigt, sodaß es vielleicht genügt, wenn ich jetzt aus Artikel 4 das Folgende zur Ergänzung wörtlich anführe:

a) Beachtung der baupolizeilichen Zweckbestimmung.

§ 3. Als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) dürfen nur solche Räume benutzt werden, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

b) Mietwohnungen.

§ 4. Mietwohnungen, die nach Inkrafttreten der Wohnungsordnung bezogen werden oder deren Mietverhältnis nach diesem Zeitpunkt verlängert oder trotz Zulässigkeit der Kündigung fortgesetzt wird, müssen, unbeschadet der Vorschrift im § 3, folgenden Anforderungen genügen:

1. die Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) dürfen nicht baulich verwahrlost und nicht in gesundheitsschädlicher Weise feucht sein; sie müssen einen durch keine fremden Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) führenden verschließbaren Zugang haben;

2. Wohnungen für eine gemeinschaftliche Haushaltung von zwei oder mehr Personen (Familienwohnungen) müssen eine den ortsüblichen Anforderungen entsprechende eigene Kochstelle, einen eigenen verschließbaren Abort und, soweit in dem Gebäude Kanalisation oder Wasserleitung eingerichtet ist, einen eigenen Ausguß und einen eigenen Wasserhahn besitzen;

3. die Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) müssen insgesamt den Bewohnern so viel Raum bieten, daß auf jede Person mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche entfallen; für Kinder unter 10 Jahren können geringere Anforderungen festgesetzt, auch kann vorgesehen werden, daß die infolge der Geburt oder des Heranwachsens von Kindern während der Dauer des Mietverhältnisses eintretende Erhöhung des erforderlichen Mindestluft- und -flächenraumes außer Betracht bleibt;

4. Die Wohnung muß so viel Räume enthalten, daß, abgesehen von Ehepaaren, die über vierzehn Jahre alten Personen nach dem Geschlechte getrennt in besonderen Räumen schlafen können.

§ 5. Sofern von einer Eigen- oder Mietwohnung ein Teil vermietet oder weiter vermietet wird, muß auch die dem Vermieter verbleibende Wohnung den Anforderungen des § 4 genügen.

§ 6. Als Wohnung im Sinne der §§ 4, 5 gelten auch die zum Wohnen besonders vermieteten oder weitervermieteten Teile einer

ursprünglich nur für eine Familie bestimmten Wohnung, sofern die Vermietung unmöbliert erfolgt.

Auf Räume, in welche dritte, nicht zur Familie gehörige Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregarnisten), Einleger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder als Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburschen und -mädchen) aufgenommen werden, finden die Bestimmungen des § 8 Anwendung.

c) Schlafräume der Dienstboten und Gewerbegehilfen.

§ 7. Schlafräume, die von Dienst- oder Arbeitgeber ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesen sind, müssen, unbeschadet der Vorschrift im § 3, folgenden Anforderungen genügen:

1. Sie dürfen nicht baulich verwahrlost und nicht in gesundheitsschädlicher Weise feucht sein und müssen verschließbare Türen haben;

2. sie müssen für jede darin untergebrachte Person mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche darbieten; für Kinder unter zehn Jahren können geringere Maße vorgesehen werden;

3. sie dürfen, soweit nicht ein Dienstbote oder Gewerbegehilfe mit seinem Ehegatten untergebracht wird, nicht zur Unterbringung von Personen des anderen Geschlechts über 14 Jahre dienen;

4. die Schlafräume müssen den durch die Wohnungsordnung festzusetzenden Mindestanforderungen hinsichtlich der Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung entsprechen.

d) Aufnahme dritter, nicht zur Familie gehöriger Personen zum Wohnen oder Schlafen.

§ 8. Die Aufnahme dritter, nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregarnisten), Einleger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburschen und -mädchen) darf nur erfolgen, wenn den nachstehenden Bestimmungen genügt wird:

1. Die Schlafräume der Zimmermieter, Einleger und Schlafgänger müssen von denen des Wohnunggebers und seiner Familienangehörigen baulich oder in einer sonst geeigneten Weise, die den unmittelbaren Verkehr ausschließt, getrennt sein; alleinstehenden Männern und Frauen ist es gestattet, Einleger oder Schlafgänger gleichen Geschlechts in ihre Schlafräume aufzunehmen;

2. die Schlafräume der Zimmermieter, Einleger und Schlafgänger müssen, unbeschadet der Vorschrift im § 3, den Anforderungen des § 7 Ziffer 1, 2, die Schlafräume der Einleger und Schlafgänger außerdem auch den durch die Wohnungsordnung festzusetzenden Mindestanforderungen hinsichtlich der Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung entsprechen; die dem Wohnunggeber für sich und seine Familienangehörigen verbleibenden Räume müssen den Anforderungen des § 4 genügen;

3. Einleger oder Schlafgänger verschiedenen Geschlechts dürfen gleichzeitig nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde und nur dann aufgenommen werden, wenn die Schlafräume der Einleger oder Schlafgänger verschiedenen Geschlechts voneinander baulich oder in einer sonst geeigneten Weise, die den unmittelbaren Verkehr ausschließt, getrennt sind; diese Bestimmung findet insoweit keine Anwendung, als Ehepaare oder Eltern oder Voreltern mit ihren Abkömmlingen (auch Pflegekindern) aufgenommen werden; jedoch müssen in diesem Falle, abgesehen von Ehepaaren, die Einleger oder Schlafgänger über 14 Jahre nach dem Geschlechte getrennt in besonderen Räumen schlafen.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf den Betrieb der Gastwirtschaften, der sogenannten Nachtherbergen (Pennen) sowie auf die Aufnahme von Pensionären zu Erziehungszwecken keine Anwendung.

Unter Hinweis auf meinen früheren Artikel gestatte ich mir nur eine kurze Bemerkung:

Da die angeführte Minimalforderung von 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche nach der Begründung vielfach nicht vorhanden war, so ist diese Minimalforderung ein Fortschritt; aber die von mir geforderte Festsetzung einer Minimalhöhe von etwa 2,80 m ist nicht beachtet, erscheint mir aber als ebenso notwendig mit Rücksicht darauf, daß Räume, die ursprünglich nicht dafür vorgesehen waren, später zum Wohnen benutzt werden können und daß solche unglaublichen Dinge wie die Berliner Hängeböden doch endgültig beseitigt werden müssen. Die Begründung rechnet nämlich nicht mit der Möglichkeit, daß bei der bloßen Festsetzung von Luftraum und Bodenfläche, auch eine niedrigere und viel zu niedrige Höhe der Räume ermöglicht werden kann, was auch nicht zu verhindern ist, wenn das zur Erläuterung gewählte Beispiel mit einer Höhe von 3 m rechnet.

Eine Festsetzung der Minimalhöhe ist aber nötig, weil nur dadurch die zweckentsprechende Höhe der Fenster und damit die Belichtung, Lüftung und Reinlichkeit des Zimmers gesichert wird.

Wenn auch festgesetzt wird, daß als Wohn- und Schlafräume nur Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind, so müßte dies noch ergänzt werden durch eine Zusatzbestimmung, daß schon beim Gesuche der Baukonzession die Bestimmung der Räume genau angegeben werde, damit eine spätere anderweitige Benutzung verhindert wird und nicht Räume als Wohnräume verwendet werden, welche ursprünglich hierfür wegen ungenügender Eignung nicht vorgesehen waren. Um diese Bestimmung wieder wirksam zu machen, müßte eine weitere Bestimmung hinzugefügt werden, wonach die autorisierte Behörde berechtigt ist, die Benutzung ungeeigneter Räume zu bestrafen oder, wenn das nichts hilft, ungeeignete Wohnungen zu räumen.

Was nun die Wohnungsaufsicht anbelangt, so werden für Städte über 100 000 Einwohner Wohnungsämter gefordert. Es ist das natürlich zurzeit nur ein Ausdruck, weil nur wenige Städte bis jetzt darüber Erfahrungen gesammelt haben. Aber gerade weil es nur ein Ausdruck für eine erst zu schaffende Sache ist, sollte man auch nicht gleich hiergegen Mißtrauen zeigen. Die Motive nehmen nämlich selbst Rücksicht darauf, daß zurzeit die städtischen Baumeister viel besser in dieser Frage ausgebildet sind als die staatlichen, und erkennen an, daß Informationskurse für die staatlichen Baubeamten notwendig sind, wie sie schon versuchsweise an den Technischen Hochschulen zu Charlottenburg und Hannover eingerichtet wurden. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch hygienische Fragen neben den bautechnischen stark in Betracht kommen, was bei der Besetzung der Wohnungsämter zu beachten ist.

Wird der Ausdruck Wohnungsamt nicht formal aufgefaßt, so dürfte es vielleicht möglich sein, in dieser Beziehung viel mehr zu tun, weil die Gemeinden unter 100 000 Einwohner ebenfalls die Aufsicht nötig haben. Man könnte die Wohnungsaufsicht in irgend einer Form mit den Gesundheitskommissionen verbinden. Das scheint mir ein Ausweg für die kleineren Gemeinden zu sein, der vielleicht ebensoviel Berechtigung hat wie das vom Entwurf ins Auge gefaßte und zugelassene Zusammenlegen mehrerer kleineren Gemeinden zu einem Wohnungsamt.

Aber wie auch die Aufsicht gestaltet wird, so muß die Oberaufsicht nicht, wie der Entwurf sagt, „soweit sich dazu ein Bedürfnis ergibt“, fakultativ, sondern sie muß eine ständige sein. Nur dann ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich allmählich der ganze Apparat entwickelt und einlebt und die Reibungen allmählich beseitigt werden, die zweifellos an vielen Stellen eintreten werden.

Wenn ich in dieser Besprechung, die ich als eine Ergänzung meiner früheren Darlegung betrachtet wissen möchte, scheinbar in manchen Fragen über das hinausgegangen bin, was mir als Hygieniker zu beurteilen zukommt, so bitte ich zu berücksichtigen, daß der moderne Hygieniker kein bloßer Laboratoriumshygieniker sein kann. Die Hygiene muß Sozialhygiene sein, oder sie kann überhaupt nicht als Brauchskunst bestehen. Das ist seit Jahren meine feste Ueberzeugung. Dem Hygieniker muß es gestattet sein, Probleme und Gesetze, die in das Gebiet der Statistik, der Volkswirtschaft, der reinen Verwaltung gehören, auch vom Standpunkte der Sozialhygiene sich daraufhin anzusehen, ob diese anderen Fragestellungen nicht auch mit hygienischen Momenten durchsetzt sind oder sich mit ihnen kreuzen. Aber auch sonst gewinnt die Medizin mehr und mehr Beziehungen zu unserem öffentlichen Leben. Das bloße Arzten macht nicht mehr den zeitreifen Arzt. Die Besserung der Wohnungsverhältnisse fördert aber auch die rein ärztlichen Aufgaben, wie ich in einem Vortrage: „Was hat der praktische Arzt von der Hygiene?“ (Deutsche Klinik 1904, Bd. 11, S. 241) zu zeigen versuchte. In diesem Sinne bitte ich es aufzufassen, wenn ich, dem Wunsche der Redaktion entsprechend, es versuche, die Leser einer medizinischen Zeitschrift über den Geist dieses Entwurfes eines Wohnungsgesetzes zu informieren.